
Berliner Debatte Initial

2

26. Jg. 2015

25 Jahre Deutsche Einheit

Ragnitz

Ostdeutschland im Schatten
gesamtwirtschaftlicher Entwicklung

Ludwig

Der unvollendete
Aufholprozess

Kollmorgen

Ostdeutsche in
bundesdeutschen Eliten

Schultz

Die neue Umverteilung und
das Dilemma des Sozialstaats

Land

Varoufakis und die Generalreparatur
der Weltwirtschaft

Autoren

Alexander Amberger, Dr. phil.,
Politikwissenschaftler, „Helle Panke“ e.V.
– Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin

Hendrik Berth, PD Dr. rer. medic. ha-
bil., Psychologe, Technische Universität
Dresden

Elmar Brähler, Prof. em. Dr.,
Mathematiker und Psychologe, Univer-
sität Leipzig/Universitätsmedizin Mainz

Ulrich Busch, Doz. Dr. habil.,
Finanzwissenschaftler, Leibniz-Sozietät
der Wissenschaften zu Berlin

Raj Kollmorgen, Prof. Dr.,
Soziologe, Hochschule Zittau/Görlitz

Rainer Land, Dr. sc. oec.,
Philosoph und Wirtschaftswissenschaft-
ler, Thünen-Institut, Bollewick

Udo Ludwig, Prof. Dr.,
Wirtschaftswissenschaftler, Halle,
Institut für Wirtschaftsforschung Halle

Thomas Möbius, M. A.,
Sozialwissenschaftler und Literaturwis-
senschaftler, Berlin

Maximilian Overbeck, M. A.,
Politikwissenschaftler, Institut für Sozi-
alwissenschaften, Universität Stuttgart

Joachim Ragnitz, Prof. Dr.,
Wirtschaftswissenschaftler, ifo Institut
– Leibniz Institut für Wirtschaftsfor-
schung an der Universität München e.V.,
Niederlassung Dresden

Rolf Reißig, Prof. Dr.,
Sozial- und Politikwissenschaftler,
Brandenburg-Berliner Institut für Sozi-
alwissenschaftliche Studien (BISS)

Helga Schultz, Prof. Dr.,
Sozial- und Wirtschaftshistorikerin,
Berlin

Yve Stöbel-Richter, Prof. Dr.,
Soziologin und Psychologin, Hochschule
Zittau/Görlitz

Christine Weckwerth, Dr.,
Philosophin, Berlin-Brandenburgische
Akademie der Wissenschaften - MEGA,
Berlin

Markus Zenger, Dr. rer. med.,
Psychologe und Familientherapeut,
Universität Leipzig

25 Jahre Deutsche Einheit

Ostdeutschlands fragmentierte Integration

Zusammengestellt von Ulrich Busch und Raj Kollmorgen

Editorial	2	<i>Rainer Land</i> Generalraparatur der Weltwirtschaft Referenz und Variation zu Varoufakis „Tod des Minotaurus“	93
25 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT			
<i>Joachim Ragnitz</i> Ostdeutschland im Schatten gesamtwirtschaftlicher Entwicklung	5	<i>Alexander Amberger</i> Wie viel Bellamy steckt in Rudolf Bahros „Alternative“? Ein utopiegeschichtlicher Vergleich	111
<i>Raj Kollmorgen</i> Aus dem Osten an die Spitze? Ostdeutsche in den bundesdeutschen Eliten	17	BESPRECHUNGEN UND REZENSIONEN	
<i>Udo Ludwig</i> Der unvollendete Aufholprozess der ostdeutschen Wirtschaft	34	<i>Maximilian Overbeck</i> Religion und religiöse Überzeugungen im 21. Jahrhundert. Ein Literaturbericht	123
<i>Ulrich Busch</i> Zwischen Konvergenz und Divergenz Zur Entwicklung privater Vermögen in Ost- und in Westdeutschland	50	Hans-Peter Krüger: Heroismus und Arbeit in der Entstehung der Hegelschen Philosophie (1793–1806) Rezensiert von <i>Christine Weckwerth</i>	132
<i>Yve Stöbel-Richter, Markus Zenger, Elmar Brähler, Hendrik Berth</i> Familiengründung in Ostdeutschland nach der Vereinigung	66	Raj Kollmorgen, Wolfgang Merkel, Hans-Jürgen Wagener (Hg.): Handbuch Transformationsforschung Rezensiert von <i>Rolf Reißig</i>	136

<i>Helga Schultz</i> Die neue Umverteilung und das Dilemma des Sozialstaats	78	Rolf Hecker, Angelika Limmroth (Hg.): Jenny Marx. Die Briefe Rezensiert von <i>Thomas Möbius</i>	142
		Autorenverzeichnis	146

Editorial

Die Herstellung der deutschen Einheit durch die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli 1990 und den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 setzte im Osten Deutschlands einen umfassenden Adaptions-, Transformations- und Integrationsprozess in Gang, der alle Lebensbereiche erfasste. Der Vereinigungsprozess führte dabei im letzten Vierteljahrhundert nicht nur zu einer Umgestaltung der neuen Bundesländer, sondern ergriff, was in den ersten Jahren von wichtigen, vor allem westdeutschen Akteuren nicht gewollt und von vielen Beobachtern kaum gesehen wurde, die gesamte bundesrepublikanische Gesellschaft. Es ist historisch bedeutsam, dass dieser Prozess tiefgreifender Wandlungen friedlich, demokratisch und in wesentlichen Aspekten auch solidarisch verlaufen ist. Angesichts der vielen Fälle (semi-) autoritärer postsozialistischer Transformationen sowie gravierender, teils gewaltförmiger Konflikte um nationalstaatliche Sezessionen in Ost und West ist diese Feststellung keinesfalls banal.

Zugleich plausibilisieren vielfältige gesellschaftliche Problemlagen im Osten Deutschlands sowie im Verhältnis zwischen den alten und neuen Bundesländern, dass wichtige Ziele der Vereinigung bisher nicht oder nur unzureichend erfüllt wurden, bestimmte Integrationsdefizite bis heute bestehen und insofern der Vereinigungsprozess keineswegs abgeschlossen ist.

In den zurückliegenden Jahren bestimmten hauptsächlich die Fortschritte und Stagnationen im Einigungsprozess, die Erfolge und Misserfolge sowie die Gewinne und die Kosten des Zusammenwachsens beider Landesteile den politischen und sozialwissenschaftlichen Vereinigungsdiskurs. Dies gilt auch für unsere Zeitschrift, welche die Vereinigungsthematik mehrfach aufgegriffen und in entsprechenden

Schwerpunkten und zahlreichen Einzelbeiträgen diskutiert hat. Als Beispiele dafür können die Hefte 1/1990, 4/5-1995, 2 und 3/1996, 4/1997, 2/3-1998, 2/1999, 2/2000 sowie 5/2006 herangezogen werden. Inzwischen aber ist ein Vierteljahrhundert vergangen und vielfach ein Perspektivenwechsel zu konstatieren: Die Wahrnehmung des Umbruchs im Osten und des Vereinigungsprozesses insgesamt ist im Laufe der Zeit eine andere geworden. Seit 1990 sind neue Generationen herangewachsen, Generationen, die anders sozialisiert sind und die andere Fragen stellen als die Aktivisten und Akteure der revolutionären Ereignisse von 1989 und der Vereinigung. Zudem haben sich in der Zwischenzeit neue Probleme aufgetan, welche die alten überlagern und früher geführte Debatten obsolet erscheinen lassen. Nicht nur der globale Kapitalismus hat sich transformiert, auch die öffentlichen Wohlfahrts- und politischen Regime sind heute – nicht zuletzt im Kontext des europäischen Integrationsprozesses – andere als vor fünfundzwanzig Jahren. Neue Kulturen und Lebensstile setzen sich durch, veränderte Wahrnehmungen und Verhaltensmuster bestimmen das Bild, während tradierte Sichtweisen und Deutungsmuster an Bedeutung verlieren.

Die Menschen in Ostdeutschland sind nach 25 Jahren mehrheitlich im vereinigten Deutschland angekommen. Damit verbunden ist eine Blickverschiebung vom radikalen Umbruch zur langzeitigen Transformation, von Beitritt und einseitiger Anpassung zur Integration und gesamtdeutschen Modernisierung, von der Vergangenheit zur Zukunft, womit die Defizite und Probleme der Gegenwart anders reflektiert werden als dies in der Vergangenheit der Fall war, in der die doppelte Referenzfolie DDR und BRD die Debatten dominierte. Dieser Perspekti-

venwechsel schließt die Erkenntnis ein, dass die Konturen des vereinigten neuen Deutschlands inzwischen „gesetzt“ sind und den unhintergehbaren strukturellen, institutionellen sowie kulturellen Kontext für die weitere Gestaltung des Vereinigungs- und gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses bilden. Dies gilt auch da, wo im deutsch-deutschen Verhältnis unübersehbare Diskrepanzen bestehen. Hierzu gehören die unterschiedliche Dynamik der demografischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Ost und West, einschließlich stabiler und sich reproduzierender ökonomisch-sozialer Niveauunterschiede zwischen den beiden Landesteilen, eine unterproportionale Partizipation Ostdeutscher an den bundesdeutschen Eliten sowie Differenzen in den politischen, kulturellen und weltanschaulichen Werten und Normen sowie die bis heute bestehende Anerkennungsasymmetrie zwischen Ost und West.

Setzt man diese Phänomene in Beziehung zum Vereinigungsprozess, so erweisen sie sich teilweise als Ergebnis des politisch gewählten Pfades der Vereinigung (Grundmodell des Beitritts, der Inkorporation oder des Institutionentransfers), teilweise aber resultieren sie auch – und dabei sich wechselseitig verstärkend – aus allgemeinen sozialen (Verteilungs-)Mechanismen in sozial heterogenen Gesellschaften sowie säkularen Evolutionsprozessen auf nationaler, europäischer oder globaler Ebene. Eine politische „Arbeit“ an jenen Differenzen, die den Charakter sozialer Ungleichheiten tragen, bedarf nicht nur der Reflexion dieser komplexen Gründe und Entwicklungsdynamiken, sondern ist auch aufgefordert, alternative Entwicklungsziele und -szenarien zu entwerfen. Eine kritische Sozialwissenschaft kann diese Aufklärungs-, Findungs- und Abwägungsprozesse unterstützen.

In diesem Sinne wirft *Joachim Ragnitz* im einleitenden Beitrag die Frage auf, ob die den Ostdeutschen 1990 versprochene und von diesen als selbstverständlich erwartete „Angleichung der Lebensverhältnisse“ in absehbarer Zukunft noch gelingen kann. Alles in allem hält es der Autor für wenig wahrscheinlich, dass es, abgesehen von einigen wenigen Agglomerationsräumen, zur wirtschaftlichen Konvergenz Ostdeutschlands gegenüber Westdeutschland

kommen wird. Als Gründe dafür nennt er den insbesondere technologisch begründeten, inzwischen nahezu uneinholbaren und aufgrund steigender Skalenerträge sogar zunehmenden Abstand zwischen West- und Ostdeutschland bei zentralen Indikatoren der wirtschaftlichen Leistungskraft. Hinzu kommen historische und transformationsbedingte Spezifika Ostdeutschlands, welche die wirtschaftliche Entwicklung mittel- bis langfristig ungünstig prägen. Im Resümee wird die in der Überschrift des Beitrags gestellte Frage mit „Nein“ beantwortet. Ein ernstes „Problem“ sieht der Autor hierin aber nicht. Vielmehr scheint es ihm geboten, vom Konvergenzziel Abstand zu nehmen und nach alternativen Entwicklungszielen für Ostdeutschland zu suchen, wofür er mannigfache Anregungen gibt.

Hieran knüpft ein Aufsatz von *Raj Kollmorgen* an, der die Vertretung Ostdeutscher in den bundesdeutschen Eliten seit 1990 untersucht. Unter Aufnahme und Kritik vorliegender empirischer Erhebungen und Analysen sowie auf Basis eigener Recherchen wird gezeigt, dass Ostdeutsche auch nach fünfundzwanzig Jahren Vereinigung in fast allen Elite-Sektoren deutlich unterrepräsentiert sind. Zwar erhöhte sich die Zahl ostdeutscher Eliteangehöriger nach 1991 signifikant. Sie fand aber nicht nur auf einem niedrigen absoluten Niveau statt, sondern geriet auch in vielen Sektoren ab Mitte der 1990er Jahre ins Stocken. Nach dem vom Autor vorgenommenen Sample von Elitepositionen beläuft sich der Anteil Ostdeutscher heute (2012/2013) insgesamt auf etwa 6-8 Prozent. Dabei reicht die Spanne von ca. 20 Prozent im staatspolitischen Sektor bis unter 1 Prozent in den Sektoren Wirtschaft, Justiz oder Militär. Für diese Dynamik und Situation ist ein Bündel sozialer Ursachen und Mechanismen verantwortlich. Neben fallübergreifenden Gründen (quantitativer Minderheitenstatus, elitäre Selbstreproduktionsmechanismen) tragen vor allem der Modus und Pfad des Vereinigungsprozesses sowie unterschiedliche Typen der Elitenrekrutierung und -zirkulation zur (differenziellen) Marginalisierung Ostdeutscher bei. In Reflexion dieser Gründe, einschließlich bis heute wirksamer kultureller Marginalisierungsursachen, ist eine deutliche Steigerung der

Anzahl Ostdeutscher in den bundesdeutschen Eliten mittelfristig nicht zu erwarten.

Der nachfolgende Beitrag ist der wirtschaftlichen Entwicklung Ostdeutschlands seit 1990 gewidmet. In ihm analysiert der Konjunktur- und Ostdeutschlandforscher *Udo Ludwig* die Ursachen dafür, warum der Aufholprozess der ostdeutschen Wirtschaft seit einem Jahrzehnt kaum mehr vorankommt und sich die Leistungsrückstände der ostdeutschen Wirtschaft verfestigen. Über die seit einiger Zeit diskutierten strukturellen Ursachen für diesen Tatbestand hinweg verortet der Beitrag den „eigentlichen“ Grund für die Stagnation des Aufholprozesses im Verlust des anfangs erzielten Modernisierungsvorsprungs der ostdeutschen Wirtschaft. Ausschlaggebend dafür sind vor allem die aus der Transformation der Zentralplanwirtschaft der DDR hervorgegangenen Eigentümer- und Größenverhältnisse der Produktions- und Dienstleistungsstätten. Diese haben dazu geführt, dass in der ostdeutschen Wirtschaft entschieden zu wenig Innovationen und zu geringe Investitionen realisiert wurden, wodurch Rückstände entstehen, die sich schließlich verfestigen und reproduzieren.

Einen anderen, aber nicht minder wichtigen Aspekt ausbleibender Konvergenz zwischen Ost- und Westdeutschland thematisiert *Ulrich Busch* in seinem Aufsatz zur Vermögensentwicklung in Deutschland seit 1990. Während sich die Ost-West-Relation der wirtschaftlichen Leistungskraft im Zeitverlauf um etliche Prozentpunkte verbessert hat und auch bei den Einkommen eine begrenzte Konvergenz zu beobachten ist, liegt die Vermögensrelation fünfundzwanzig Jahre nach der Vereinigung beinahe unverändert bei nur rund einem Drittel. Die Erklärung dafür wird einerseits in der für eine Vermögensangleichung entschieden zu geringen Konvergenz der Einkommen und der Sparquote gesehen, andererseits aber spiegelt sich hierin auch die Eigendynamik der Vermögen selbst wider. Hinzu kommt, dass die seit den 1980er Jahren stattfindende Polarisierung des Reichtums zu einer Vermögenskonzentration in westdeutschen Regionen geführt hat, während der Osten relativ arm geblieben ist. In dem Beitrag wird gezeigt, dass das West-Ost-Gefälle der privaten Vermögen eine Facette der seit

den 1980er Jahren zu beobachtenden Vermögenspolarisierung darstellt. Da die Vermögensdiskrepanz durch Vererbung auf die nächsten Generationen übergehen wird, ist hier auch für die Zukunft keine Konvergenz zu erwarten. Die deutsche Vereinigung ist daher unter dem Aspekt der Vermögensentwicklung, so erfolgreich sie auf anderen Gebieten auch gewesen sein mag, vorläufig als gescheitert anzusehen: Statt auf Konvergenz trifft man hier auf eine stabile Diskrepanz und auf regionale Divergenzen.

Den Schwerpunkt beschließt ein Beitrag von *Yve Stöbel-Richter, Markus Zenger, Elmar Brähler* und *Hendrik Berth*, der sich mit der Veränderung der Familiengründungsmuster in Ostdeutschland seit 1990 beschäftigt. Unmittelbar nach der Wende (1989) kam es zu einem massiven Geburtenrückgang in den ostdeutschen Bundesländern. Demographen und Sozialwissenschaftler diskutierten auch Tempoeffekte als Ursache und vermuteten, dass sich die reproduktiven Muster relativ rasch an die bestehenden westdeutschen anpassen würden. Auf Basis der 1987 begründeten Sächsischen Längsschnittstudie sowie weiterer empirischer Erhebungen setzen sich die Autorinnen und Autoren mit dieser These kritisch auseinander und zeigen auf, dass und inwieweit sich die Dynamik der Fertilitätsmuster auf Sozialisationsaspekte in der DDR zurückführen lassen. Zum Teil – so das Resümee – ähneln die neuen ostdeutschen Familiengründungsmuster zwar den westdeutschen, etwa hinsichtlich des Aufschiebens von Heirat und Familiengründung. Zugleich zeigen sich aber auch in den jungen Generationen Eigentümlichkeiten, wie der nach wie vor vorhandene starke Wunsch nach Vereinbarkeit von familialen und beruflichen Werten, und Anforderungen, die sich nicht nur von den westdeutschen unterscheiden, sondern die seit den 1980 Jahren erkennbare Veränderungsdynamik in den alten Ländern mit unterstützt haben. Insofern haben wir es hier – wie in anderen sozialen Orientierungs- und Handlungsfeldern auch – mit einer wechselseitigen Beeinflussung und Konvergenz in den letzten Jahrzehnten zu tun.

Ulrich Busch, Raj Kollmorgen

Yve Stöbel-Richter, Markus Zenger,
Elmar Brähler, Hendrik Berth

Familiengründung in Ostdeutschland nach der Vereinigung

Ein Bereich, in welchem sich in den 25 Jahren seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten gravierende Veränderungen vollzogen haben, ist der familiäre. Unmittelbar nach der Wende kam es in den ostdeutschen Bundesländern zu einem massiven Geburtenrückgang. Demographen und Sozialwissenschaftler diskutierten auch Tempoeffekte als Ursachen dafür und vermuteten, dass sich die ostdeutschen reproduktiven Muster an die westdeutschen anpassen würden. Der Beitrag setzt sich anhand empirischer Ergebnisse aus der Sächsischen Längsschnittstudie mit der Frage auseinander, wie sich die Fertilitätsmuster in den letzten 25 Jahren in den ostdeutschen Bundesländern verändert haben und welche, auf Sozialisationsaspekte in der DDR zurückzuführenden Werte und Einstellungen bewahrt wurden.

Die individuellen Reaktionen auf den politischen und gesellschaftlichen Umbruch in den Jahren 1989 bis 1991 im Osten Deutschlands und die Vereinigung brachten teilweise gravierende und vielfach unvorhersehbare Veränderungen für den Einzelnen mit sich. Aus all den Veränderungsbereichen sollen an dieser Stelle Familienbildungsprozesse und insgesamt der familiäre Funktionswandel fokussiert werden, da diese Veränderungen empfindsame Indikatoren der gesellschaftlichen Transformation darstellen.

Die vielschichtigen Folgen des ostdeutschen soziostrukturellen Wandels wie gestiegene Arbeitslosigkeit, eingeschränkte Sozialleistungen, reale Einkommensverluste aufgrund stagnierender Löhne und Gehälter bei steigenden Lebenshaltungskosten etc. waren besonders für Familien beeinträchtigend und

wirkten sich sowohl auf die innere Stabilität der Familien als auch auf ihre Funktionen aus. Durch die Angleichung an das bundesdeutsche Rechtssystem gingen besonders für die Frauen viele Rechte verloren; soziale Sicherheit und finanzielle Unabhängigkeit waren nun nicht mehr selbstverständlich (vgl. Wendt 1993; Stöbel-Richter 2000). Eine aus dieser Verunsicherung resultierende individuelle Reaktion mit weitreichendem Ausmaß war der Aufschub bzw. der gänzliche Verzicht auf eine Familiengründung. Diese individuellen Entscheidungen hatten in der Summe ein drastisches Absinken der Geburtenraten zwischen 1990 und 1995 zur Folge. Als Ursache wurden diesbezüglich Tempoeffekte diskutiert; also das Vorziehen von Geburten aufgrund von familienpolitischen Maßnahmen in der DDR und die hieraus folgende „Angleichung“ nach der Wende an die neuen Bedingungen – und damit auch an die westdeutschen Familiengründungsmuster – mit der Konsequenz, dass in den Jahren nach der Vereinigung potenzielle Eltern die Entscheidung für ein Kind erst einmal aufschoben und es somit zu einer sogenannten „Geburtenlücke“ kam (vgl. Sobotka 2005; Kohler/Ortega 2004; Stöbel-Richter/Brähler 2010).

Die sozialwissenschaftlichen Fragen nach Veränderungen im Familiengründungsmuster können im Rückblick allerdings auch aus weiteren Perspektiven betrachtet werden: so geht es nicht nur darum, heraus zu finden, welche Aspekte sich verändert haben, sondern auch, welche in diesem Kontext erhalten blieben und aufgrund welcher Ursachen. Der Beitrag setzt sich mit den Familiengründungsmustern in Ostdeutschland in den letzten 25 Jahren

auseinander, betrachtet hiermit zusammenhängende Werte und Einstellungen und zeigt Veränderungen im Längsschnitt, basierend auf den Daten der Sächsischen Längsschnittstudie. Deren Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren 1989 der letzte Jahrgang, der in der DDR noch seinen Realschulabschluss (10. Klasse) absolviert hat (vgl. auch Absatz zu den Charakteristika der Stichprobe). Dementsprechend können sie als repräsentativ für die Generation gelten, die in der DDR zwar noch sozialisiert wurde und aufgewachsen ist, dann aber – im Prozess des Erwachsenwerdens – westdeutsche Normen und Werte angeeignet hat. In dem Artikel von Berth et al. (2015) wurde die Frage der Repräsentativität erneut diskutiert, neueste Auswertungen weisen diese nach, nicht zuletzt auch durch den Vergleich mit SOEP-Daten.

Familienpolitischer und demografischer Rückblick

Durch die historisch sehr unterschiedliche Entwicklung und politische Ausrichtung in den zwei deutschen Staaten zwischen 1949 und 1989 entstanden unterschiedliche Strukturen und sozialpolitische Gegebenheiten, welche wiederum entsprechende Ideale und Vorstellungen von familialen Rollen und Aufgabenverteilungen nach sich zogen. Für die Bundesrepublik war im familialen Kontext sehr lange das Modell des männlichen Alleinverdieners richtungweisend und prägend. Dieses weist vornehmlich Männern die Aufgabe zu, die Familie finanziell abzusichern und sich dementsprechend beruflich zu engagieren. Frauen hatten sich – im Gegensatz dazu – um die Familie bzw. die Kinder zu kümmern und agierten damit vornehmlich im häuslichen Kontext. Strukturell wurde dies durch entsprechende gesetzliche Regelungen verankert. So war im von 1958 bis 1977 gültigen § 1356 des BGB festgeschrieben, dass die Frau den Haushalt in eigener Verantwortung zu führen habe und lediglich dann erwerbstätig sein dürfe, wenn dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar sei. Im Jahr 1977 wurde im Deutschen Bundestag eine Novellierung des Gesetzes beschlossen, welches ein „paritätisches Ehemodell“ ermöglichen

bzw. favorisieren sollte, indem es die Haushaltsführung in gegenseitigem Einvernehmen und das beidseitige Recht auf Erwerbstätigkeit normierte¹. Diese Entwicklung stand im engen Zusammenhang mit der westdeutschen Emanzipationsbewegung, in welcher auch die Frauenerwerbstätigkeit stark eingefordert wurde. Erschwert wurde diese Entwicklung allerdings durch die kaum vorhandenen Möglichkeiten einer außerhäuslichen Betreuung von Vorschulkindern, so dass die traditionelle Arbeitsteilung nur sehr schwer überwunden werden konnte.

Im Gegensatz dazu herrschte in der DDR – vor allem aus ökonomischen Gründen – das Doppelverdiener-Modell vor. Gesetzliche Grundlage hierfür war das 1966 erlassene Familiengesetz, welches festlegte, dass die Ehepartner ihre Beziehung derart gestalten sollen, dass für die Frau eine Vereinbarkeit von beruflicher und gesellschaftlicher Tätigkeit mit der Mutterschaft gewährleistet wird. Somit waren Frauen fast genauso umfassend in den Arbeitsmarkt integriert wie Männer. Auch wenn die Männer bzw. Väter im Haushalt mithalfen, waren es doch auch in der DDR überwiegend die Frauen, welche sich um die Belange der Familie kümmerten (vgl. Pabst 2008). Der gesellschaftliche Fokus lag auf der gesetzlich verordneten Gleichberechtigung und der damit geförderten Berufstätigkeit der Frauen. Familien mit ein oder zwei Kindern und zwei berufstätigen Eltern repräsentierten das vorherrschende Familienmuster. Überwiegend arbeiteten beide Elternteile Vollzeit, mit einer Arbeitszeit von 43,75 Wochenstunden (zwischen 1967 und 1980, vgl. Speigner 1987), Teilzeitarbeitsplätze – auch für Frauen bzw. Mütter waren eher eine Seltenheit. Die Kinder wurden während der Arbeitszeit der Eltern in einer der staatlichen Einrichtungen wie Krippe, Kindergarten etc. betreut, oft verfügten die jeweiligen Betriebe auch über betriebseigene Kindergärten. In den 1980er Jahren lebten 62 % aller 18- bis 40-jährigen Frauen in Haushalten, die aus Ehepartnern mit Kind(ern) bestanden (vgl. Eisenmenger u.a. 2006). Auch wenn ökonomische Gründe als Hauptursache für die ständige Suche nach der Vereinbarkeit von beruflichen und familialen Aufgaben angeführt werden müssen, hatte

doch die Lebensorientierung auf eben beides (Familie und Beruf) vor allem bei den Frauen in der DDR einen hohen Stellenwert. Prinzipiell belegten Familie, Kinder und Partnerschaft im DDR-Wertesystem der Männer und Frauen eine Spitzenposition (vgl. Speigner 1987; Neuke 1994; Menning 1995; Dorbritz 1998; Ettrich 2001; Scheller 2004). Dieser hohe Stellenwert war oft mit einer Tendenz privaten Rückzugs und familialer Abkapselung (vgl. Stöbel-Richter 2000; Stöbel-Richter u.a. 2012) sowie sehr harmonischen intergenerationalen Familienbeziehungen verbunden (vgl. Pinther 2002).

Nachdem Mitte der 1970er Jahre – wie auch in der Bundesrepublik – die Geburtenzahlen merklich abnahmen, wirkte man dieser Entwicklung staatlicherseits mit einer Reihe umfangreicher pronatalistischer Maßnahmen entgegen und erreichte bis zum Jahr 1980 einen Anstieg der Geburtenzahlen auf 1,94 Kinder pro Frau (Eisenmenger u.a. 2006). Es wurde – auch aufgrund dieser Maßnahmen – jung geheiratet und jung geschieden. Darüber hinaus stieg im gleichen Zeitraum der Anteil an nichtverheirateten Müttern; 1989 betrug dieser Anteil über 50 % und umfasste vor allem Frauen zum Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes. Kinder wurden relativ zeitig in die individuelle Lebensplanung integriert, das durchschnittliche Erstgebärendenalter lag bei 22 bzw. 23 Jahren, die Erstelternschaft nach dem 30. Lebensjahr war eine Ausnahme (vgl. Adler 2002; Schlegel 2002).

In Westdeutschland implizierte die Förderung der Familie hingegen gleichzeitig den staatlichen Schutz der Autonomie der Familie und damit deren privaten Charakter, weshalb man die Hebung der Geburtenzahlen mittels pronatalistischer Maßnahmen strikt ablehnte (vgl. Hettlage/Lenz 2013). Insgesamt zeichnet sich die Bundesrepublik gegenüber der DDR in den späten 1980er Jahren durch eine höhere Kinderlosigkeit, ein höheres Alter bei der Heirat und bei der Geburt des ersten Kindes, aber auch durch eine niedrigere Scheidungsziffer und geringere Anteile nichtehelich geborener Kinder aus (vgl. Wendt 1993). Im Jahr der Wiedervereinigung (1990) trafen neben verschiedenen Strukturen auch sehr unterschiedliche Normen und Erwartungen bezogen auf die

Verteilung von Familien- und Erwerbsarbeit aufeinander. Hatte in der DDR der Staat sehr viele familiäre Versorgungsaufgaben mindestens teilweise übernommen, wurden diese in der Bundesrepublik vornehmlich durch die Frau getragen und stellten eine innerfamiliäre Angelegenheit dar (vgl. Adler/Brayfield 2006).

Für die im Osten lebenden Menschen wurde die Lebensplanung durch die Wiedervereinigung „individualisiert“, das heißt, es gab plötzlich eine bis dato ungekannte Vielzahl an Wahlmöglichkeiten, aber auch Entscheidungsnotwendigkeiten für jeden Einzelnen (vgl. Scheller 2004; Dorbritz/Ruckdeschel 2007). „Durch diesen Umbruch kam es zu einer Art ‚behavioral lag‘ in den neuen Bundesländern, d.h. die geltenden gesellschaftlichen Wertvorstellungen und Verhaltensweisen entsprachen (noch) nicht in allen Bereichen den neuen Institutionen; dem ökonomischen Wandel folgte ein verzögerter Wandel des sozialen Raums“ (Stöbel-Richter u.a. 2012: 325; vgl. auch Dorbritz/Ruckdeschel 2007). Wende und Vereinigung konfrontierten die Frauen aus der DDR mit neuen Rollenmodellen. Das Rollenmodell der berufstätigen Mutter zerfiel plötzlich in das der zu Hause bleibenden Mutter und das der arbeitenden, oft kinderlosen Karrierefrau. Durch die mit dem Umbruch verbundenen Unsicherheiten und ökonomische Zwänge, den Wunsch, sich an die neuen Gegebenheiten flexibel zu adaptieren und unabhängig zu sein, wurde von vielen Frauen vielfach zunächst eine Entscheidung für die Berufstätigkeit getroffen und der Übergang zur Elternschaft aufgeschoben oder komplett darauf verzichtet. Plötzlich hatte sich der traditionelle DDR-typische „doppelte Lebensplan“ in zwei strukturell einander fast ausschließende Lebensbereiche aufgeteilt.

Nach dem Ende der DDR und in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung kam es zu einem dramatischen Absinken der Geburtenzahlen in den neuen Ländern. Die Statistik wies zeitweilig Werte von 0,77 Kindern pro Frau auf (Cornelißen 2005; Grünheid 2006). Dies war der niedrigste je für ein Land ermittelte Wert, der einerseits durch ein Hinausschieben der Realisierung des Kinderwunsches und andererseits durch einen gänzlichen Verzicht auf eine

Familienründung zustande kam. Seit Mitte der 1990er Jahre sind die Geburtenzahlen in den neuen Bundesländern wieder angestiegen. Hatte die durchschnittliche Kinderzahl in den neuen Bundesländern im Jahr 1991 noch 30 % unter dem westdeutschen Niveau gelegen, so betrug sie im Jahr 2004 pro Frau 1,31 und war damit nur noch um 5 % niedriger als in den alten Bundesländern. Seit einigen Jahren liegt die durchschnittliche Kinderzahl in den neuen Bundesländern wieder über dem westdeutschen Durchschnitt; im Jahr 2011 betrug sie 1,43 in den ostdeutschen und 1,36 Kinder pro Frau in den westdeutschen Bundesländern (Familienreport 2012; Pötzsch 2012).

Das im Osten Deutschlands selbstverständlich gelebte Doppelverdiener-Modell und die Emanzipationsbewegung im Westen haben nach der Wende vor allem dazu geführt, dass Frauen sich nicht vom Arbeitsmarkt verdrängen ließen, auch wenn durch die ökonomischen Umstrukturierungen massenweise Betriebe geschlossen und Arbeitnehmerinnen in Kurzarbeit oder vorzeitige Rente geschickt wurden. Stattdessen stieg die Beschäftigungsquote von Müttern mit Kindern auch im Westen an und für die ostdeutschen Frauen ist die Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung nach wie vor das favorisierte Lebensmodell (vgl. Stöbel-Richter 2010). Darüber hinaus wurden die für eine Vereinbarkeit erforderlichen Strukturen und Regelungen inzwischen in ganz Deutschland durchgesetzt, sichtbar z.B. im Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, im gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und in der Neuregelung des Elterngeldes. Bezogen auf die Erwerbsbeteiligung von Müttern hat vor allem bei den westdeutschen Frauen ein grundlegender Wandel in den Erwerbsbiographien stattgefunden (vgl. Mayer/Solga 2010). Im Jahr 2012 waren 62,5 % aller Eltern mit Kindern unter sechs Jahren erwerbstätig, wobei die Quote der Vollzeitbeschäftigten für Männer bei 94 %, für Mütter 27,3 % betrug (Destatis 2014).

Diese Entwicklung und die inzwischen sehr weit verbreiteten Umwege und Brüche in Ausbildungs- und Erwerbsbiographien haben zu einer Erosion der traditionellen (westdeut-

schen) Familienleitbilder geführt: Männer sind nicht mehr nur als Familienernährer gefragt, sondern immer mehr auch als Erzieher und sozialer Interaktionspartner ihrer Kinder (vgl. Zerle/Krok 2010; Träger 2011; Walter/Künzler 2002). Im Gegensatz dazu tendieren vor allem Frauen mit einer beruflich erfolgreichen Karriere immer stärker dazu, ihr Vereinbarkeitsdilemma zwischen Familien- und Erwerbsarbeit weiter zu vertiefen: die eigenen und die von außen wahrgenommenen Ansprüche an eine mögliche Perfektion in beiden Bereichen führt zwangsläufig zu einer Selbstausschöpfung – eine „Work-Life-Balance“ ist unerreichbar. Auf Basis der Daten der Sächsischen Längsschnittstudie sollen nunmehr einige der beschriebenen Tendenzen empirisch nachvollzogen werden. Da es sich hierbei um Längsschnittdaten handelt, geht es vor allem um die prozessuale Abbildung innerhalb dieser sehr spezifischen Stichprobe und weniger um eine gesamtgesellschaftliche Beschreibung.

Charakteristika der Erhebung und Stichprobe

Die Panelstichprobe der Sächsischen Längsschnittstudie wurde im Jahr 1987 erstmalig erhoben. Zu diesem Zeitpunkt wurden 1.407 Schüler aus 72 Klassen an 41 Schulen in den damaligen DDR-Bezirken Leipzig und Karl-Marx-Stadt befragt. Die Schüler waren zumeist im Jahr 1973 geboren und besuchten alle die 8. Klassenstufe einer Polytechnischen Oberschule (POS). Die Stichprobe war repräsentativ für diesen Geburtsjahrgang ausgewählt. Seit diesem Jahr wurden die damals 14 Jahre alten Teilnehmerinnen und Teilnehmer fast jährlich zu wesentlichen Aspekten ihres Lebens befragt. Viele Fragen wurden jährlich wiederholt, einige in einem Abstand von zwei bis drei Jahren. Im Jahr 2014 lagen somit Daten aus 27 Erhebungswellen vor.

Lag der Fokus in den ersten drei Erhebungswellen von 1987-1989 noch auf vorwiegend ideologischen Themen, wie z. B. der Identifikation mit dem politischen System in der DDR, dem Interesse an Politik, dem gesellschaftlichen Engagement und unterschiedlichen

Lebenszielen und -plänen, so wandelte sich nach der Wiedervereinigung die inhaltliche Ausrichtung der Studie: Im Fokus stand nun das Erleben der Transformation in den neuen Ländern. „Die TeilnehmerInnen hatten 1989 ihre schulische Ausbildung abgeschlossen und waren nun nicht nur konfrontiert mit den normalen Entwicklungsaufgaben dieses Lebensalters wie Berufsausbildung, Partnerschaft und Familiengründung, sondern auch mit der Umstrukturierung eines ganzen Gesellschafts-systems“ (Berth u.a. 2012: 18). Im Jahr 2014 waren die TeilnehmerInnen durchschnittlich 40,2 Jahre alt, an der Erhebungswelle 2013/2014 nahmen 328 Personen teil (143 Männer und 185 Frauen). 77 % haben inzwischen ein oder mehrere Kinder. Seit der 18. Welle (2004) wurden vermehrt Fragen zur Familiengründung, zur Einstellung zum Kinderhaben und zum Kinderwunsch gestellt. Darüber hinaus wurde verschiedene familienbezogene Lebensziele und -werte erhoben sowie Items, die die entsprechenden Bedingungen für ein Leben mit Kindern in der Gegenwart und Vergangenheit vergleichen.

Ergebnisse

Partnerschaft und Beziehungsstatus

Mit 40 Jahren (2014) haben die Befragten den Prozess der Familiengründung überwiegend abgeschlossen; 77 % haben Kinder, davon 37,9 % ein, 51,4 % zwei und 10,7 % drei oder mehr Kinder, der durchschnittliche Wert liegt bei 1,21 Kindern. 53,9 % der TeilnehmerInnen sind verheiratet, 34,1, % sind ledig, 8,8, % geschieden. 77 % leben insgesamt mit einem Partner bzw. einer Partnerin zusammen. Betrachtet man Männer und Frauen getrennt voneinander, so zeigen sich signifikante Unterschiede ($\chi^2=0,019$); Männer sind häufiger ohne feste Partnerschaft, Frauen häufiger verheiratet bzw. geschieden. Im Trend fällt bei den Frauen auf, dass viele von ihnen sich relativ zeitig gebunden haben (zwischen dem 25. und 27. Lebensjahr). Männer hingegen gehen später Beziehungen ein und ziehen auch später aus dem Elternhaus aus (vgl. Stöbel-Richter 2010).

Ideale und realisierte Kinderzahl

Ein Gradmesser für den potentiellen Wunsch nach einem Kind ist die ideale Kinderzahl (vgl. Tab. 1). Betrachtet man die Werte über alle Jahre, so zeigt sich eine erstaunliche Stabilität bei 1,6, welche erst im Jahr 2011 leicht absinkt.

Tabelle 1: Ideale Kinderzahl zwischen 2004 und 2011

W18_2004	1,68
W19_2005	1,66
W20_2006	1,69
W21_2007	1,7
W22_2008	1,66
W23_2009	1,64
W24_2010	1,62
W25_2011	1,56

Frühere Auswertungen (vgl. Stöbel-Richter 2010; Stöbel-Richter u.a. 2012) belegen darüber hinaus eindrucksvoll, dass die ideale Kinderzahl vielfach auch realisiert wurde. In jedem Jahr wurden die Probanden gefragt, wie stark ihr aktueller Kinderwunsch ist. Im Jahr 2014 ist dieser – altersentsprechend – bei 83 % kaum vorhanden, bei 8,8 % etwas und lediglich bei 8 % stark bzw. sehr stark. Fast genauso viele Befragte (9,8 %) halten es für sehr oder eher wahrscheinlich, dass sie in den nächsten zwei Jahren (noch) ein (weiteres) Kind bekommen und 8,3 % waren in den letzten zwei Jahren schwanger bzw. bei den Männern die entsprechende Partnerin. Von den 88 Personen, die im Jahr 2014 noch kein Kind hatten, gaben 30 an, dass sie definitiv kein Kind haben möchten; das sind bezogen auf die Teilnehmerzahl des Jahres 2014 9,1 %. Auch diese Zahl ist seit Jahren mehr oder minder stabil und kann damit als fixe Größe einer Gruppe von TeilnehmerInnen interpretiert werden, die sich gegen eine Familiengründung entschieden hat.

Kinderwunschnotive

Betrachtet man die Gründe, die für oder gegen die Realisierung einer Familiengründung sprechen, so zeigen sich in allen Wellen, in denen der Leipziger Fragebogen für Kinderwunschnotive

(LKM) eingesetzt wurde, dass einerseits eine Ambivalenz zwischen emotionalen Wünschen, die für eine Realisierung des Kinderwunsches und befürchteten ökonomischen Einschränkungen, die gegen die Realisierung sprechen, nachgewiesen werden kann, dass aber die Gründe für die Realisierung stärker sind und somit als Indiz für die beschriebene Orientierung auf familiäre Werte interpretiert werden können (vgl. Stöbel-Richter u.a. 2012).

Alle Auswertungen in bisherigen Untersuchungen zeigen deutliche Unterschiede zwischen Eltern und Kinderlosen, dahingehend, dass bis dato elternlose Personen stärker von den erwarteten individuellen und gesellschaftlichen Einschränkungen beeinflusst werden, hingegen Personen, die bereits ein oder mehrere Kinder haben, eher emotionale Beweggründe ins Feld führen.

Weitere Einflussfaktoren

In den Erhebungen der Jahre 2006, 2008 und 2010 wurde nach weiteren Faktoren gefragt, die die Realisierung des Kinderwunsches beeinflussen können. Die Antwortvorgaben umfasste Optionen auf einer 5-stufigen Skala von „beeinflusst mich sehr stark“ (1) bis „beeinflusst mich gar nicht“ (5). In der 20. Welle (2006) zeigte sich beim Vergleich von Männern und Frauen, dass vor allem den Frauen nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besonders wichtig ist, sondern auch die Frage, welche beruflichen Konsequenzen nach der Babypause resultieren. In der 22. Welle (2008)

und 24. Welle (2010) erwies sich vor allem das Alter als weiterer ausschlaggebender Faktor, vor allem bei den Frauen. Über alle drei Erhebungen zeigt sich der Faktor „Wunsch nach beruflicher Karriere“ als am stärksten beeinflussend.

Generell bestehen wenige signifikante Unterschiede zwischen den Geschlechtern und die Einflussfaktoren erweisen sich als relativ stabil über den beobachteten Zeitraum. Neben dem oben genannten Wunsch nach beruflicher Karriere wird folgenden Faktoren großer Einfluss auf die Realisierungsentscheidung zugeschrieben:

- Finanzielle Situation (Mittelwert: 2006: 2,31; 2008: 2,23; 2010: 2,61),
- Qualität der Partnerschaft (Mittelwert: 2006: 2,53; 2008: 2,20; 2010: 2,96),
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie (Mittelwert: 2006: 2,38; 2008: 2,24; 2010: 2,52),
- Möglichkeiten der Kinderbetreuung (Mittelwert: 2006: 2,47; 2008: 2,44; 2010: 2,74) (vgl. Stöbel-Richter u.a. 2012).

Lebensziele und -werte

In allen Erhebungswellen wurde immer wieder nach unterschiedlichen Lebenswerten und -zielen gefragt. Im Folgenden sind die familialen den beruflichen und Selbstverwirklichungswerten für verschiedene Jahre (Auswahl) gegenübergestellt (vgl. Tab. 2).

Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass die familialen Lebensziele über alle beobachteten Lebensphasen hinweg als sehr wichtig eingeschätzt werden. Im Gegensatz dazu vermindert

Tabelle 2: Wichtigkeit einzelner Lebensziele in unterschiedlichen Lebensaltern

Erhebungswelle	W 4	W 8	W 10	W 14	W 18	W 20	W 22	W 25	W 27
Jahr	1990	1992	1994	2000	2004	2006	2008	2011	2014
Alter TN in Jahren	16	19,5	21,5	27,2	31,1	33,2	35,3	38,5	40,2
Glückliches Ehe- und Familienleben		4,54	4,38	4,61	4,76	4,7	4,66	4,68	
Eigene Kinder groß ziehen				4,22	4,4	4,39	4,45		4,36
Im Beruf hohe Leistungen erreichen	4,47	4,43	4,25	4,2	4,17	3,95		3,96	
Viel Geld verdienen	4,11	4,2	4,05	3,99	3,89	3,7		3,77	
Arbeit, die mich erfüllt		4,72	4,6	4,52	4,44	4,39	4,48	4,48	4,42
Mich selbst verwirklichen					4,21				4,16

Anmerkung: Kodierung: 1= gar nicht wichtig bis 5 = sehr wichtig.

Quelle: Sächsische Längsschnittstudie 1990-2014

sich die in den jungen Lebensjahren auch sehr hohe Wichtigkeit der beruflichen Ziele in den mittleren Lebensjahren etwas.

Zusammenfassung: Konvergenzen und Divergenzen in der Familiengründung zwischen Ost und West

Die nach der Wende implizierte Angleichung der reproduktiven Muster in Ostdeutschland an jene in Westdeutschland hat nur bedingt stattgefunden. Der Übergang zur Elternschaft findet inzwischen auch hier später statt und der Anteil kinderloser Frauen hat sich in den letzten Jahren erheblich erhöht. Dennoch sind einige Charakteristika zu beobachten, die auf Familiengründungsmuster in der DDR zurückgeführt werden können und die sich nunmehr auch im neuen Gesellschaftssystem etabliert haben: So blieb nicht nur der Lebensentwurf, welcher eine Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit vorsieht, unvermindert erhalten, sondern auch die in Ostdeutschland typische Lebensform des unverheirateten Zusammenlebens mit Kind. Generell hat sich in der gesamten Bundesrepublik der Anteil außerehelicher Geburten zwischen 1990 und 2010 mehr als verdoppelt; er stieg von 15 % im Jahr 1990 auf 34 % im Jahr 2011. Die Unterschiede zwischen Ost und West sind dabei allerdings gravierend mit 28 % im Westen zu 62 % im Osten (2011) (Destatis 2011; Familienreport 2012). Dabei sind vor allem Paare zum Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes unverheiratet. Im Jahr 2010 traf dies bundesweit auf 43 % der Erstgeborenen zu, dabei für 36 % im Westen und 74 % im Osten. Die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften hat sich zwischen 1996 und 2012 fast verdoppelt: Im Jahr 2011 lebten 8 % aller Familien mit minderjährigen Kindern in nichtehelichen Lebensgemeinschaften. Dabei ist die Zahl der Lebensgemeinschaften mit Kindern in den neuen Bundesländern fast dreimal so hoch wie in den alten.

Auch die Zahl der Alleinerziehenden ist gestiegen. Waren 1996 im gesamten Bundesgebiet noch 14 % der Eltern mit minderjährigen Kindern alleinerziehend, so ist die Zahl im Jahr 2011 auf 20 % angestiegen. Dabei nahm

der Anteil der Alleinerziehenden an allen Familienhaushalten in den alten Bundesländern von 1996 bis 2011 von 12,6 % auf 18,3 % zu, während er in den neuen Bundesländern (einschließlich Berlin) im Jahr 1996 bei 17,7 % lag, mit 26,6 % im Jahr 2009 seinen bisherigen Höchststand erreichte und im Jahr 2011 25,9 % betrug (Familienreport 2012).

Die Ergebnisse der Sächsischen Längsschnittstudie belegen eindrucksvoll den unverminderten Stellenwert von Familie einerseits und den hohen Stellenwert einer Vereinbarkeit beider Lebensbereiche andererseits. Auch in früheren Auswertungen konnten diese Tendenzen nachgewiesen werden (vgl. Stöbel-Richter 2010; Stöbel-Richter u.a. 2012).

Darüber hinaus können einige allgemeine demographische Entwicklungen, die sich in den letzten 25 Jahren in den neuen Bundesländern vollzogen haben, auch in der vorliegenden Stichprobe abgebildet werden, so die Tendenz, dass Frauen sich zeitiger binden als Männer, dass eine Heirat häufig aufgeschoben wird und der Übergang zur (ersten) Elternschaft vielfach hiervon unabhängig stattfindet und man dennoch in festen Beziehungen lebt. Damit zeigen auch die Daten unserer Studie, dass die Lebensform der nichtehelichen Lebensgemeinschaft als charakteristisch für die ostdeutschen Bundesländer beschrieben werden und aber auch gleichzeitig als eine Sozialisationserfahrung interpretiert werden kann, welche in der DDR gemacht und vielfach beibehalten wurde (vgl. Bien/Marbach 2003; Kreyenfeld/Konietzka 2004; Brüderl 2004).

Bezogen auf die Familiengründung lassen sich die allgemeinen demographischen Tendenzen nur bedingt bestätigen. Vorwiegend bei den Männern zeigt sich ein deutliches Aufschieben der ersten Elternschaft sowie bei Frauen mit Hochschulabschluss. Vor allem bei den Frauen, die jetzt – mit Anfang 40 – noch kinderlos sind, muss davon ausgegangen werden, dass der überwiegende Teil kinderlos bleiben wird, so dass sich auch in unserer Stichprobe eine Anzahl an Personen findet, welche sich gegen ein Familienleben entschieden hat. Diese Aufschubtendenzen zeigen sich auch im steigenden Erstgebärendenalter der Frauen deutschlandweit – je später sich Frauen für eine

erste Mutterschaft entscheiden, desto geringer wird die Chance, dass sie sich im weiteren zur Geburt eines zweiten oder gar dritten Kindes entschließen. Darüber hinaus ist der Anteil der sogenannten Spätgebärenden (Frauen über 35 Jahre) im gesamten Bundesgebiet in den letzten 25 Jahren von 1,3 % auf 23,5 % im Jahr 2010 gestiegen (vgl. European Perinatal Health Report 2013). „In vier Jahrzehnten ist das durchschnittliche Alter bei der Geburt des ersten Kindes um vier Jahre angestiegen: von 24,9 Jahren 1965 (BRD) auf 29,1 Jahre 2011.“ (Familienreport 2012: 26). Noch gravierender sind die Veränderungen in den neuen Bundesländern. Hier ist das Erstgraviditätsalter von 22,7 Jahren im Jahr 1989 auf 27,4 Jahre im Jahr 2011 angestiegen.

Seit dem Jahr 2003 bekommen immer weniger Frauen unter 30 Jahren Kinder. „2010 gab es 743 Kinder pro 1.000 Frauen im Alter von 30-39 Jahren und 535 Kinder pro 1.000 Frauen im Alter von 20-29 Jahren. 1991 war dieses Verhältnis noch nahezu umgekehrt. Der Beitrag zur Geburtenrate der 20- bis 29-jährigen Frauen sank zwischen 2001 und 2010 von 47 auf 38 Prozent. Seitdem haben die über 30-jährigen Frauen den Rückgang der Kinder von unter 30-Jährigen aufgefangen („kompensiert“). Ihr Beitrag zur Geburtenrate stieg von 43 auf 52 Prozent.“ (Familienreport 2012: 27).

Seitens der Männer verkürzt sich die Phase der Familienründung, was an dem immer späteren Auszug aus dem Elternhaus abgelesen werden kann. Im Jahr 2011 wohnten von den 25-jährigen Frauen noch 20 % bei ihren Eltern im Gegensatz zu 37 % der gleichaltrigen Männer. Im Alter von 30 Jahren waren es bei den Frauen noch 6 % und mit 40 Jahren nur noch 1 %; bei den Männern hingegen betrug der Anteil im Alter von 30 Jahren 14 % und 4 % mit 40 (Datenreport 2013).

Auch wenn aus den empirischen Daten immer wieder deutlich wird, dass eine Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit deutschlandweit gewünscht und gelebt wird, haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten diesbezüglich signifikante Veränderungen ergeben. Im Jahr 2011 waren 73 % aller Eltern erwerbstätig; bei den Vätern zwischen 20 und 49 Jahren waren es 91 %, bei den Müttern 57 %.

In Abhängigkeit von der Kinderzahl sinkt die Tendenz zur Erwerbstätigkeit. Eltern mit nur einem Kind unter sechs Jahren arbeiteten 2011 zu fast 75 %. Bei den Eltern mit zwei Kindern unter 6 Jahren waren 67 %, bei jenen mit drei und mehr Kindern 51 % erwerbstätig. Dabei zeigen sich gravierende Geschlechterunterschiede: Mütter mit nur einem Kind sind zu 61 % erwerbstätig, mit zwei Kindern zu 46 % und mit drei und mehr Kindern zu 24,5 %. Bei den Vätern gibt es erst Unterschiede ab einer Anzahl von drei Kindern: Väter mit einem oder auch zwei Kindern sind zu 91 % aktiv erwerbstätig, Väter mit drei Kindern zu 81 % (Körner u.a. 2012). Grundsätzlich hat in den letzten zwanzig Jahren der Anteil an Teilzeitbeschäftigung deutlich zugenommen. Im Jahr 2011 waren fast doppelt so viele Frauen teilzeitbeschäftigt wie 1991 (Wanger 2012). Obgleich Mütter vermehrt erwerbstätig sind, ist die Ernährerrolle des Vaters nicht weniger relevant geworden, weil Mütter zunehmend nur in Teilzeit arbeiten. 2010 lag die Teilzeitquote von Müttern bei 70 %, 1996 lediglich bei 51 % (Keller/Haustein 2012). Für Väter ist Teilzeitarbeit weiterhin die Ausnahme. 2010 lag die Vollzeitquote von Vätern bei 94 %, sechs Prozent der Väter arbeiteten in Teilzeit, 1996 waren es nur zwei Prozent.

Im DJI-Survey (Tölke 2011; DJI Online 2012) wurden die unterschiedlichen Erwerbsarrangements zwischen den Geschlechtern und zwischen Ost und West verglichen. Die Ergebnisse zeigen deutliche Ost-West-Unterschiede, eine nach wie vor starke traditionelle Orientierung im Westen und eine egalitäre im Osten. Westdeutsche Mütter steigen überwiegend aus dem Beruf aus, solange das Kind noch klein ist, und der Mann arbeitet als Familienernährer. Ca. 45 % der Eltern mit Kindern bis zum 6. Lebensjahr des jüngsten Kindes gestalten die Arbeitsteilung traditionell, so dass der Mann Alleinernährer der Familie ist. Bei ca. 40 % arbeitet in dieser Familienphase die Frau in Teilzeit mit, was der semi-traditionellen Variante entspricht. Geht das jüngste Kind bereits zur Schule, so reduziert sich der Anteil des männlichen Alleinernährermodells von zuvor ca. 45 % auf 28 % und der Anteil derjenigen, die das semi-traditionelle Modell leben, erhöht sich auf 58 %.

Eine egalitäre Erwerbsbeteiligung hingegen ist bei Eltern in Westdeutschland mit Kindern bis 6 Jahren kaum verbreitet; der Anteil schwankt zwischen 12 % und 16 %.

Ostdeutsche Familien praktizieren demgegenüber häufiger das egalitäre Modell, in dem beide Elternteile entweder Teilzeit oder beide Vollzeit arbeiten und das unabhängig davon, wie alt das jüngste Kind ist. Das Hausfrauenmodell mit dem männlichen Alleinernährer findet deutlich weniger Zuspruch: Nur zwischen 10 % und 19 % der Eltern praktizieren ein traditionelles Arrangement.

Weitere Auswertungen zeigen, dass der Bildungsstand der Eltern mit dem jeweils praktizierten Erwerbsarrangement zusammenhängt. Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland praktizieren höher ausgebildete Mütter weniger ein traditionelles Erwerbsarrangement mit dem Partner. Allerdings finden sich in Westdeutschland, auch in höheren Bildungsschichten, prinzipiell mehr traditionelle Erwerbsarrangements als in Ostdeutschland. Hat der Vater einen höheren Bildungsabschluss als die Mutter, so wird ein eher traditionelles Erwerbsarrangement praktiziert (DJI Online 2012). So kann konstatiert werden, dass in den neuen Bundesländern die Vereinbarkeitsthematik fortgeführt wird, die Frauen allerdings häufiger in Teilzeit arbeiten, vor allem wenn die Kinder klein sind. Es hat somit eher eine Reduktion der Berufstätigkeit und damit eine Anpassung des Doppel-Verdiener-Modells stattgefunden.

In den westlichen Bundesländern hingegen ist die Quote der beruflich tätigen Frauen in den letzten 25 Jahren angestiegen – es kann also von einer teilweisen Ablösung des Alleinverdienermodells gesprochen werden. Bei diesem Prozess wird die Wechselwirkung zwischen individuellen und politisch-gesellschaftlichen Veränderungen gut sichtbar. Eine Voraussetzung für die Veränderungen war die Schaffung entsprechender Betreuungsstrukturen, vor allem in den westlichen Bundesländern. Dabei sind die Veränderungen in den letzten Jahren durch entsprechende gesetzliche Regelungen verstärkt worden.

Im Jahr 2007 wurde der politische Beschluss gefasst, bis zum Jahr 2013 bundesweit für 35 %

der Kinder unter drei Jahren entsprechende Betreuungsangebote zur Verfügung zu stellen. Der damals geschätzte Bedarf hat sich inzwischen noch vergrößert; er wird heute für Kinder unter 3 Jahren im Bundesdurchschnitt auf 39 % geschätzt. Darüber hinaus gibt es seit dem Kindergartenjahr 2013/2014 einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab Vollendung des ersten Lebensjahres. Damit verpflichtet sich der Staat, eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch die Schaffung entsprechender Strukturen stärker zu ermöglichen. Im Jahr 2011 wurden in der Altersgruppe der unter 3-Jährigen bundesweit 27,3 % Kinder betreut, davon im Osten Deutschlands zwischen 46,4 % und 57,5 % der Kinder und im Westen zwischen 18,1 % und 35,5 % der Kinder (Datenreport 2013). Durchschnittlich lag die Betreuungsquote im Jahr 2012 in den westdeutschen Bundesländern bei 22 %, in den neuen Bundesländern bei 49 %. Bei den drei- bis fünfjährigen Kindern wurden im Jahr 2012 93 % in Kindergärten bzw. von Tagesmüttern betreut. Häufiger als bei der Gruppe der unter 3-Jährigen werden Kinder in diesem Alter ganztags betreut; allerdings zeigen sich auch hier gravierende Ost-West-Unterschiede. Zwischen 2007 und 2012 stieg der Anteil der ganztags betreuten Kinder in den ostdeutschen Bundesländern von 58 % auf 68 % und in den westdeutschen Bundesländern 17 % auf 30 % an (Datenreport 2013). Die geschilderten Widersprüchlichkeiten zwischen Werten, Normen und Praktiken können als Lücke zwischen Möglichkeiten und Machbarkeiten in Bezug auf die Work-Life-Balance interpretiert werden (vgl. Hobson/Fahlén 2011). Dementsprechend ergibt sich die Frage, welche Veränderungen sich durch die neuen gesetzlichen Regelungen zur Elternzeit ergeben und wie sich diese zukünftig auf familiäre Werte und Normen auswirken.

Grundsätzlich unterstreichen die Daten der Sächsischen Längsschnittstudie die Annahme, dass sich nach der Wende in Ostdeutschland neue Familiengründungsmuster herausgebildet haben, welche zum Teil zwar den westdeutschen ähneln – z.B. hinsichtlich des Aufschiebens von Heirat und Familiengründung –, aber vor allem hinsichtlich des auch in den jungen Generationen nach wie vor vorhandenen Wunsches nach

Vereinbarkeit von familialen und beruflichen Werten und Anforderungen sich einerseits von den westdeutschen unterscheiden und andererseits im Zuge des Vereinigungsprozesses deren Veränderungsdynamik mit unterstützt haben. Um die generativen Biographien und die in der DDR erlebten Sozialisationseinflüsse noch detaillierter abzubilden, ist im Rahmen der Sächsischen Längsschnittstudie zukünftig auch der Einbezug der Kinder der StudienteilnehmerInnen in die Befragungen geplant. Ziel dessen ist die weitere Klärung der Frage, inwieweit Familienbildungsaspekte bereits in der Kindheit initialisiert und durch die Eltern vermittelt werden und welche gesellschaftlich-strukturellen Maßnahmen eine Optionen darstellen, die Diskrepanz zwischen Kinderwunsch und realisierter Kinderzahl zu verringern.

Anmerkung

- 1 Zu den beiden Fassungen des § 1356 BGB siehe <http://lexetius.com/BGB/1356,1> sowie <http://lexetius.com/BGB/1356,2>.

Literatur

- Adler, M.A. (2002): German Unification as a Turning Point in East German Women's Life Course: Biographical Changes in Work and Family Roles. In: *Sex Roles* 47, S. 83-97.
- Adler, M.; Brayfield, A. (2006): Gender regimes and cultures of care: Public support for maternal employment in Germany and the United States. In: *Marriage & Family Review* 39, S. 229-253.
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2008): Emanzipation hebt die Nachwuchszahlen. Warum die Kinderzahlen in den Ländern Westeuropas so unterschiedlich hoch sind. In: *Demos-Newsletter* 51 (URL: http://www.berlininstitut.org/newsletter/51_11_Juni_2008.html). pdf, Zugriff am 01.04.2015).
- Berth, H.; Richter, D.; Zenger, M.; Stöbel-Richter, Y.; Brähler, E.; Wagner, G. G. (2015): Wie repräsentativ sind die Daten der Sächsischen Längsschnittstudie? Ein Vergleich mit dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) In: Berth, H.; Brähler, E.; Zenger, M.; Stöbel-Richter, Y. (Hg.): *Gesichter der ostdeutschen Transformation. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Sächsischen Längsschnittstudie im Porträt*. Gießen: Psychosozialverlag, S. 29-37.
- Berth, H.; Brähler, E.; Zenger, M.; Stöbel-Richter, Y. (2012): Die Sächsische Längsschnittstudie – Informationen zu einer außergewöhnlichen Untersuchung. In: Dies. (Hg.): *Innenansichten der Transformation – 25 Jahre Sächsische Längsschnittstudie 1987 bis 2012*. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 15-25.
- Bien, W.; Marbach, J.H. (2003): Vorwort. In: Dieselben (Hg.): *Partnerschaft und Familiengründungen. Ergebnisse der dritten Welle des Familien-Survey*. Opladen: Leske + Budrich, S. 7-10.
- Brüderl, J. (2004): Die Pluralisierung partnerschaftlicher Lebensformen in Westdeutschland und Europa. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* 19, S. 3-10.
- Cornelißen, W. (2005): Gender-Datenreport. Erstellt durch das Deutsche Jugendinstitut e.V. in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt unter der Leitung von W. Cornelißen. München (URL: <http://www.bmfsfj.de/doku/Publikationen/genderreport>. Zugriff am 01.04.2015).
- Datenreport 2013 (Hg: Destatis, WZB und SOEP). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (URL: <http://www.bpb.de/shop/buecher/individuell-publikationen/173887/datenreport-2013?p=1>, Zugriff am 29.01.2014).
- DJI Online (2012): Erwerbsarrangements und das Wohlbefinden von Eltern in West- und Ostdeutschland (URL: <http://www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=1148&Jump1=LINKS&Jump2=10#32>, Zugriff 17.07.2012).
- Destatis (2011): Pressemitteilung Nr. 294 vom 12.08.2011 (URL: http://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2011/08/PD11_294_12641.html, Zugriff am 03.02.2014).
- Destatis (2014): Zahlen und Fakten. Indikatoren. Eltern, die Teilzeit arbeiten (URL: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/QualitaetArbeit/Dimension3/3_7_ElternTeilzeitarbeit.html, Zugriff am 01.04.2015).
- Dorbritz, J. (1998): Der Wandel in den generativen Entscheidungen in Ostdeutschland – ein generationenspezifischer Prozess? In: Häder, M.; Häder, S. (Hg.): *Sozialer Wandel in Ostdeutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 123-155.
- Dorbritz, J.; Ruckdeschel, K. (2007): Die langsame Annäherung – Demographisch relevante Einstellungsunterschiede und der Wandel in den Lebensformen in West- und Ostdeutschland. Unv. Vortragsmanuskript.
- Eisenmenger, M.; Pötzsch, O.; Sommer, B. (2006): 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung – Annahmen und Ergebnisse. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Ettrich, K.U. (2001): Familie und Elternschaft in den neuen Bundesländern. In: Nickel, H. (Hg.): *Junge Eltern im kulturellen Wandel*. Weinheim: Juventa, S. 49-59.

- European Perinatal Health Report (2010) (URL: <http://www.europeristat.com/images/doc/Peristat%202013%20V2.pdf>, Zugriff am 15.09.2014).
- Familienreport (2012): Familienreport 2012 – Leistungen, Wirkungen, Trends (hrsg. vom BMFSFJ). Berlin: BMFSFJ (URL: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/Publikationen/publikationen,did=195578.html>, Zugriff am 14.03.2015).
- Grünheid, E. (2006): Die demographische Lage in Deutschland 2005. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 31, S. 3-104.
- Hettlage, R.; Lenz, K. (2013): Projekt Deutschland. München: Fink.
- Hobson, B.; Fahlén, S. (2011): Die Zukunft des Vaters: Eine europäische Perspektive. In Bertram, H.; Ehlert, N. (Hg.): Familie, Bindungen und Fürsorge. Opladen: B. Budrich, S. 109-129.
- Kohler, H.-P.; Ortega, J. A. (2004): Old Insights and New Approaches: Fertility Analysis and Tempo Adjustment in the Age-Parity Model. In: Feichtinger, G. (Hg.): Vienna Yearbook of Population Research 2004. Vienna: Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, S. 57-89.
- Körner, T.; Puch, K.; Wingerter, C. (2012): Qualität der Arbeit. Wiesbaden; Statistisches Bundesamt (URL: https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetige/BroschuereQualitaetArbeit0010015129001.pdf?__blob=publicationFile, Zugriff am 15.09.2014).
- Kreyenfeld, M.; Konietzka, D. (2004): Angleichung oder Verfestigung von Differenzen? Geburtenentwicklung und Familienformen in Ost- und Westdeutschland. MPIDR Working Paper WP 2004-025. Rostock: MPIDR.
- Mayer, K.; Solga, H. (2010): Lebensverläufe im deutsch-deutschen Vereinigungsprozess. In Krause, P.; Ostner, I. (Hg.): Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990-2010. Frankfurt/Main: Campus, S. 39-56.
- Menning, S. (1995): Geburten- und Heiratsverzicht in den neuen Ländern – Abschied von der Familie? In: Sydow, H.; Schlegel, U.; Helmke, A. (Hg.): Chancen und Risiken im Lebenslauf: Beiträge zum gesellschaftlichen Wandel in Ostdeutschland. Berlin: Akademie-Verlag, S. 137-150.
- Neuke, E. (1994): Weibliche Wertvorstellungen – zwischen Schein und Sein. In: Bütow, B.; Stecker, H. (Hg.): EigenArtige Ostfrauen. Bielefeld: Klein Verlag, S. 143-149.
- Pabst, I. (2008): Übergang zur Vaterschaft – ein Vergleich zwischen der DDR und der BRD. Saarbrücken: VDM-Verlag.
- Pinther, A. (2002): Familien- und junge Ehe-Forschungen. Jugendliche in ihren Herkunftsfamilien. In: Förster, P.; Friedrich, W.; Starke, K. (Hg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966–1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse. Berlin: Edition Ost, S. 420-454.
- Pöttsch, O. (2012): Geburten in Deutschland. Ausgabe 2012. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Scheller, G. (2004): Partner- und Eltern-Kind-Beziehung in der DDR und nach der Wende. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 19, S. 33-38.
- Schlegel, U. (2002): Geschlechter- und Frauenforschung. In: Förster, P.; Friedrich, W.; Starke, K. (Hg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966–1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse. Berlin: Edition Ost, S. 373-429.
- Sobotka, T. (2005): Kinder nur aufgeschoben oder ganz aufgehoben? In: Demographische Forschung aus erster Hand 2, Heft 1, S. 3.
- Speigner, W. u.a. (Autorenkollektiv) (1987): Kind und Gesellschaft. Berlin: Akademie Verlag.
- Stöbel-Richter, Y. (2000): Kinderwunsch als Intention. Zur Relevanz persönlicher und gesellschaftlicher Kinderwunschmotive als Prädiktoren des aktuellen Kinderwunsches. Berlin: Verlag Colloquium Psychoanalyse.
- Stöbel-Richter, Y. (2010): Fertilität und Partnerschaft. Eine Längsschnittstudie zu Familienbildungsprozessen über 20 Jahre. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Stöbel-Richter, Y.; Berth, H.; Brähler, E.; Zenger, M. (2012): Familiengründung als individuelles und gesellschaftliches Lebensereignis. In: Berth, H. u.a. (Hg.): Innenansichten der Transformation – 25 Jahre Sächsische Längsschnittstudie 1987 bis 2012. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 321-340.
- Stöbel-Richter, Y.; Brähler, E. (2010): Demographischer Wandel in Deutschland – Welche Konsequenzen ergeben sich hieraus für die Medizin? In Berth, H. (Hg.): Psychologie und Medizin – Traumpaar oder Vernunftfe? Lengerich: Pabst Publishers, S. 23-38.
- Tölke, A. (2011): Erwerbsarrangements. Wie Paare und Familien ihre Erwerbstätigkeit arrangieren. In: Rauschenbach, Thomas; Bien, Walter (Hg.): Aufwachsen in Deutschland. AID:A – Der neue DJI-Survey. München: Beltz Juventa, S. 201-214.
- Träger, J. (2011): Vom Ernährermodell zur geschlechtersensiblen Sozialpolitik: Analysen über den Zusammenhang von Wohlfahrtsstaatstypologie und geschlechterspezifischer Inklusion versus Exklusion. In: Benz, Benjamin; Boeckh, Jürgen; Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hg.): Soziale Politik – Soziale Lage – Soziale Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag, S. 299-314.
- Walter, W.; Künzler, J. (2002): Parentales Engagement: Mütter und Väter im Vergleich. In: Schneider, N.F.; Matthias-Bleck, H. (Hg.): Elternschaft

- heute. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und individuelle Gestaltungsaufgaben. Opladen: Leske & Budrich, S. 95-119.
- Wanger, S. (2012): Arbeitszeitpotenziale bei Frauen. Wunschlängen und wahre Größen. In: IAB-Forum 2012, Heft 1, S. 18-25.
- Wendt, H. (1993): Familienbildung und Familienpolitik in der ehemaligen DDR. Sonderheft 22. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
- Zerle, C.; Krok I. (2010): Null Bock auf Familie? Der schwierige Weg junger Männer in die Vaterschaft. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Berliner Debatte Initial 26 (2015) 2

Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal

© **Berliner Debatte Initial** e.V.,
Ehrenpräsident Peter Ruben.
Berliner Debatte Initial erscheint viermal jährlich.

Redaktionsrat: Harald Bluhm, Wladislaw He-
deler, Cathleen Kantner, Rainer Land, Udo Tietz,
Andreas Willisch.

Redaktion: Ulrich Busch, Erhard Crome, Wolf-
Dietrich Junghanns, Raj Kollmorgen, Thomas
Möbius, Robert Stock, Dag Tanneberg, Matthias
Weinhold, Jan Wielgohs, Johanna Wischner.

Verantwortl. Redakteur: Thomas Müller. V.i.S.P.
für dieses Heft: Ulrich Busch. **Satz:** Rainer Land.

Copyright für einzelne Beiträge ist bei der Redak-
tion zu erfragen.

E-Mail: redaktion@berlinerdebatte.de
<http://www.redaktion.berlinerdebatte.de/>

Berliner Debatte Initial erscheint bei
WeltTrends, Medienhaus Babelsberg
August-Bebel-Straße 26-53
D-14482 Potsdam
www.welttrends.de

Preise: Einzelheft 15 €,
Jahresabonnement 40 €, Institutionen 45 €,
Studenten, Rentner und Arbeitslose 25 €.
Für ermäßigte Abos bitte einen Nachweis (Kopie)
beilegen. Das Abonnement gilt jeweils für ein
Jahr und verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn
nicht sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Bestellungen: Einzelhefte im Buchhandel;
Einzelhefte (gedruckt oder als PDF) und einzelne
Artikel (als PDF) im Webshop:

<http://shop.welttrends.de/>

oder per E-Mail:
bestellung@berlinerdebatte.de
oder telefonisch: +49/331/ 721 20 35
(Büro WeltTrends)